

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
 Vierteljährlicher Abonnementpreis 0,75 Mk.;
 bei freier Bestellung durch den Briefträger
 ins Haus 18 Pf. mehr.
 Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
 unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
 vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
 (Hilfs-Bünder)
 Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
 Geschäftsamt 25 Pf., Familienamt 15 Pf.
 Vereinsamt 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis
 Redaktion und Expedition:
 Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/22
 Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 4720.

Nr. 28.

Berlin, Sonnabend, 5. April 1913.

Fünfundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Die Teuerung in amtlicher Beleuchtung. — Das Licht des kleinen Mannes. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeil. — Verbands-Zeil. — Anzeigen.

Die Teuerung in amtlicher Beleuchtung.

Die Hausfrauen und insbesondere die Frauen der deutschen Arbeiter haben im vergangenen Jahre schwerer unter den Teuerungsverhältnissen zu leiden gehabt. Sie haben keine Statistiken gebraucht, um die Teuerung feststellen zu können; die Beobachtungen im eigenen Haushalt, die Schwierigkeiten, ihrem Mann und ihren Kindern eine kräftige Nahrung vorzulegen, sind ihnen Beweis genug gewesen. Trotz alledem gibt es Leute, die die Teuerungsverhältnisse rundweg ableugnen. Deshalb ist es von besonderem Werte, wenn einmal von amtlicher Seite statistisch nachgewiesen wird, daß tatsächlich das Volk unter einer Teuerung zu leiden hatte. Diesen Nachweis bringt die in der Märznummer des „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlichte Uebersicht über die Preisbewegung der hauptsächlichsten Lebensmittel im Jahre 1912. In dieser Darstellung wird ausdrücklich betont, daß die angeführten Tatsachen „im großen und ganzen die Verhältnisse mit hinreichender Genauigkeit widerspiegeln dürften“.

Als Grundlage für die Betrachtung sind wie in früheren Jahren die Durchschnittspreise aus 17 deutschen Großstädten herangezogen. Um aber auch der verschiedenen Dichtigkeit der Bevölkerung und der verschiedenen gesellschaftlichen Schichtung, wie sie durch die Verschiedenheit der Berufstätigkeit bedingt ist, einigermaßen gerecht zu werden, sind diese Städte nach ihrer Lage in drei Gruppen eingeteilt. Zu Ostdeutschland sind gerechnet worden die Städte Königsberg, Posen, Breslau, Stettin, Berlin und Dresden, zu Westdeutschland: Magdeburg, Kiel, Altona, Hannover, Gaffel, Köln und Aachen, und zu Süddeutschland: Frankfurt a. M., Mannheim, Straßburg und München.

Was die Jahresdurchschnittspreise für Rindfleisch betrifft, so sind dieselben im Jahre 1912 durchweg höher gewesen als im Vorjahre. Am beträchtlichsten war der Unterschied in Breslau, wo der Preis um 21 Pfg. pro Kilo höher war; in Magdeburg betrug der Unterschied 17 Pfg., in Stettin 16 Pfg. Am geringsten war der Unterschied in Aachen, wo er 5 Pfg., in Gaffel, wo er 7 Pfg. und in München, wo er ebenfalls 7 Pfg. betrug gegenüber dem Jahre vorher. Verfolgt man die Preisbewegung im Laufe des Jahres, so beobachtet man, daß am Anfang die Preise unter dem Durchschnitt standen; sie stiegen dann in nur ganz vereinzelten und unbedeutenden Unterbrechungen bis zu ihrem Höchststand im Spätherbst und gingen in den beiden letzten Jahresmonaten wieder etwas zurück. Ähnlich ist die Preisbildung beim Kalbfleisch und beim Hammelfleisch vor sich gegangen. Auch für diese beiden Arten ergeben sich allenthalben höhere Jahresdurchschnitte als 1911. Die Unterschiede schwanken beim Kalbfleisch zwischen 21 und 3 Pfg. Am höchsten waren sie in Magdeburg mit 21, in Posen mit 20, in Stettin und Gaffel mit 17 Pfg., am niedrigsten mit 5 Pfg. in Kiel, Aachen, Frankfurt a. M. und mit 3 Pfg. in Köln. Beim Hammelfleisch sind geringere Preissteigerungen zu verzeichnen. Sie waren am höchsten in Dresden mit 13, in Berlin, Stettin, Gaffel, Aachen mit 12, in Königsberg und in Altona mit 11 Pfg. Die niedrigsten Steigerungen wieson Breslau mit 4 und Straßburg mit 3 Pfg.

auf. Bei beiden Fleischarten stiegen die Preise bis zum Herbst an und gingen gegen den Schluß des Jahres in den meisten Städten etwas zurück.

Umgekehrt wie im Vorjahre ist die Richtung, welche die Schweinefleischpreise im Jahre 1912 genommen haben. Während im Jahre 1911 wenigstens bei dieser Fleischart ein Rückgang beobachtet werden konnte, weist das Jahr 1912 ebenfalls eine erhebliche Preissteigerung auf. In Posen war der Durchschnittspreis für Schweinefleisch um 23 Pfg. höher als im Vorjahre. In sieben andern Berichtsorten war er um 20 Pfg. höher, und nur in drei Orten war die Steigerung geringer als 10 Pfg. Nur ganz vereinzelt war gegen Jahreschluß ein Sinken der Preise bemerkbar; in den meisten andern Orten blieben sie im Steigen, in einigen hielten sie sich auf dem im Herbst erreichten Höchststand.

Faßt man die Kleinverkaufspreise am Anfang, in der Mitte und am Ende des Jahres ins Auge, so erhält man im Vergleich mit den entsprechenden Vorjahreszeiten folgendes Bild der Preisentwicklung:

	in ostdeutschen in westdeutschen in süddeutschen			
	Großstädten			
Rindfleisch				
Januar	1912	164	175	172
	1911	162	174	165
Juni	1912	174	187	182
	1911	164	176	172
Dezember	1912	186	189	186
	1911	163	174	172
Schweinefleisch				
Januar	1912	141	153	158
	1911	148	162	177
Juni	1912	158	165	181
	1911	138	153	173
Dezember	1912	177	186	204
	1911	141	154	160
Kalbfleisch				
Januar	1912	178	203	179
	1911	180	199	181
Juni	1912	192	210	199
	1911	181	204	198
Dezember	1912	201	213	200
	1911	179	201	179
Hammelfleisch				
Januar	1912	174	180	171
	1911	175	178	162
Juni	1912	191	193	179
	1911	184	185	179
Dezember	1912	195	193	188
	1911	175	177	170

Die Rindfleischpreise standen demnach am höchsten in den westdeutschen Städten, ebenso die Preise für Kalbfleisch. Der Osten hatte für erteres die niedrigsten Preise; beim Kalbfleisch standen Osten und Süden ziemlich gleich. Auch für Hammelfleisch hatte der Westen zunächst die höchsten Preise; doch trat hier gegen den Schluß des Jahres ein stärkerer Rückgang ein, als dies im Osten der Fall war. Die Preise für Schweinefleisch waren wie gewöhnlich im Süden am höchsten, im Osten am niedrigsten.

Eine Durchschnittsberechnung nach den Angaben von 50 preussischen Orten ergibt — nach der statistischen Korrespondenz des preussischen statistischen Landesamtes — folgende Kleinverkaufspreise für die wichtigsten Fleischarten:

	Preis für 1 kg	Rindfleisch	Kalbfleisch	Hammelfleisch	Schweinefleisch	Kalbfleisch
I. Vierteljahr	1912	170	187	173	147	77
	1911	166	186	174	153	77
II. "	1912	177	198	186	161	79
	1911	166	188	178	146	78
III. "	1912	190	201	195	177	82
	1911	169	186	183	147	78
IV. "	1912	187	203	190	184	80
	1911	169	187	172	148	77
Im Jahresdurchschnitt	1912	181	197	186	167	82
	1911	168	187	177	149	78

Diese Uebersicht bestätigt im großen und ganzen die Ergebnisse der oben gemachten Zusammenstellungen. Das Resultat ist: Für alle Fleischarten waren im Jahre 1912 die Preise höher als im Vorjahre.

Leider hat sich der Bevölkerung in den andern wichtigen Lebensmitteln kein Ertrag. Im Gegenteil, auch für sie waren die Preise im allgemeinen höher. Für Milch blieben in 5 von den zuerst in Betracht gezogenen 17 Großstädten die Preise dieselben, in 11 Orten stiegen sie um 1 Pfg., und nur in München gingen sie um 1 Pfg. zurück. Für die Preise von Kartoffeln, Butter und Eiern hat das preussische statistische Landesamt folgende Tabelle aufgestellt:

		Kartoffeln (für 1 kg):		Butter (für 1 kg):		Eier (für 1 Schod):	
Breslau	1912	10	Hannover	1912	290	1912	515
	1911	10	Hannover	1911	289	1911	509
Berlin	1912	10	Aachen	1912	285	1912	624
	1911	9	Aachen	1911	272	1911	644
Kiel	1912	11	Frankfurt a. M.	1912	267	1912	471
	1911	11	Frankfurt a. M.	1911	288	1911	456

Demnach sind die Kartoffelpreise im Jahresdurchschnitt ziemlich unverändert geblieben; die Butterpreise standen fast überall über den vorjährigen; die Eierpreise übertrafen diejenigen des Vorjahres weitestlich.

Es ist natürlich, daß bei solchen Preissteigerungen auf allen Gebieten die minderbemittelte Bevölkerung ihre Lebenshaltung einschränken muß. Das beweisen auch deutlich die Zahlen über den Umfang der gewerblichen Schlachtungen. Für sämtliche Tierarten zeigen dieselben einen erheblichen Rückgang. Nur die Zahl der geschlachteten Schafe ist um knappe 23 000 gestiegen bei etwa 2 1/2 Millionen Stück, und bezeichnenderweise die Zahl der Pferde und anderer Einhufer um 27 000 bei im ganzen 178 961. Im Jahre 1911 war wenigstens auch die Zahl der geschlachteten Riegen und Schweine gestiegen. Im Jahre 1912 ist auch für diese beiden Vieharten ein Rückgang in den Schlachtungen zu verzeichnen.

Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, ergab sich für das Berichtsjahr ein durchschnittlicher Fleischverbrauch von 32,2 Kilo gegen 34,1 Kilo im Jahre 1911, also fast 1 Kilo weniger. Für das

Schweinefleisch, das mehr als die Hälfte des deutschen Verbrauchs überaupt ausmacht, ist der Jahreskonsum auf den Kopf der Bevölkerung von 34,1 Kilo auf 33,5 zurückgegangen.

Dem also die in der Presse und in den Parlamenten vorgebrachten Klagen über die Teuerungsvhältnisse ungläubhaft erscheinen, der wird wohl durch diese amtliche Statistik endlich eines andern behert werden. Selbstverständlich muß die Bevölkerung einen Ausgleich zu schaffen suchen. Entweder muß sie zu minderwertigen Nahrungsmitteln greifen, oder aber, wenn sie ihre Leistungsfähigkeit namentlich auf industriellem Gebiete nicht verlieren will, ihr Einkommen zu erhöhen suchen, um die höheren Preise bezahlen zu können. Man wird es also den Arbeitern nicht verdenken, wenn sie mit Forderungen an die Unternehmer herantreten, denn auch in diesem Jahre ist von einem Nachlassen der Teuerung nichts zu verspüren. Die Hauptursachen für diese Verhältnisse liegen in unierer verkehrten Wirtschaftspolitik, die also indirekt mit dazu beiträgt, daß die wirtschaftlichen Kämpfe vermehrt werden. Aber diese unermehlichen wirtschaftlichen Kämpfe werden das Gute haben, daß sie den indifferenten Arbeitern endlich die Augen öffnen und ihnen den Weg zeigen zu der einzigen Möglichkeit, wie sie ihre wirtschaftliche Lage verbessern können, zur Organisation.

Das Licht des kleinen Mannes.

Zeit einigen Jahren spricht man von einem Siegeszuge des elektrischen Lichts und des Gaslichtes in Deutschland. Namentlich in enger besiedelten Gegenden entstehen selbst auf dem flachen Lande immer mehr elektrische Zentralen und Gasanstalten, die auf weitlich die Orte mit motorischer Kraft und Beleuchtung versehen. In diesen Gegenden verdrängt die Petroleumlampe auch vom Licht des kleinen Mannes immer mehr. Aber unser Vaterland ist groß und sein Leben ein mannigfaltiges. Die besiedelte Freundin einer Zeit schlichterer Säuslichkeit läßt sich so leicht nicht in den Winkel schieben. In hunderttausenden deutscher Familien beherrscht noch die Petroleumlampe die Abend; so sie hat trotz des glänzenden Wettbewerbs von Elektrizität und Gas in neuerer Zeit einen festeren Stand bekommen, seit auch sie das System des Glühlichts sich zu eigen machte. Wie weit sie noch immer verbreitet ist, beweist am besten die Tatsache, daß in Deutschland in jedem Jahre 750 000 bis 800 000 Tonnen Leuchtpetroleum, das sind 15 bis 16 Millionen Zentner, verbraucht werden.

Dieser Bedarf wird in absehbarer Zeit wohl auch nicht wesentlich geringer werden. Da wir in Deutschland nur etwa 20 000 Tonnen unseres Bedarfes decken können, so ist der gewächerte und preiswürdige Bezug dieses großen Bedarfsartikels eine wichtige volkswirtschaftliche Frage. Bis her waren wir damit von dem amerikanischen Petroleumtrust, der von Rockefeller gegründet, mit ihren großen und skrupellos angewendeten Machtmitteln nach der Weltbeherrschung strebenden Standard Oil Company abhängig. Seit einigen Jahren beziehen wir auch mehr russisches und österreichisches Petroleum, aber der weit überwiegende Verbraucher Deutschlands blieb doch der amerikanische Trust. Dieser hat uns bisher glimpflich behandelt. Er hat die Preise nicht allzu hoch hinaufgetrieben. In allen Ländern, in denen er der Alleinherrschaft noch nicht völlig sicher ist, zeigt er sich von der guten Seite; er verfolgt gewisse Maßnahmen eine Beschäftigungspolitik, um Bedenken, daß er auch zu einer rücksichtslosen Ausbeutung der Verbraucher übergeben könne, nicht aufkommen zu lassen. Aber die Erfahrungen aus anderen Ländern lehren doch, daß der amerikanische Trust die rücksichtsloseste Preistreiber treibt, wenn er überzeugt ist, daß seine Zirkel nicht mehr gestört werden können.

Es ist zu befürchten, daß er auch in Deutschland in kurzer Zeit sich von dieser Seite zeigen wird. Er hat den Petroleumgroßhandel in den letzten Jahren so ziemlich ganz unter seine Botmäßigkeit gebracht, jetzt ist er auch am Wert, den Petroleum in Handel vollständig auszuscheiden. Er hat auch ihn bereits durch seine Lieferungsverträge unterworfen. Nunmehr bezieht er eifrig das Rannengeschäft, um auch den Gewinn, den dieses noch trägt, einzustreuen und durch den Besuch des einzelnen Kunden jeden vermittelnden Handel auszuschließen. Er hofft, dadurch die Verbraucher ganz in seine Hand zu bekommen. Versuche, die europäische Petroleumergzeugung dem Truste zu verpflichten, sind in der Hauptsache bisher fehlgeschlagen. Aber die amerikanischen Delagetationen werden natürlich auch in Zukunft kein Mittel unversucht lassen, ihr alle Be-

wegungsfreiheit einräumendes Rev vollständig über Einfuhr und Verbrauch in Deutschland zu spannen. Von dem Augenblick, wo dieses gelungen ist, werden wir die volle Macht des Trusts zu spüren bekommen und ihm einen Tribut zahlen müssen, dessen Höhe lediglich er bestimmt.

Es ist die Pflicht eines starken Staates, sich gegen eine derartige Umwidmung zu wehren; er kann es nicht dulden, daß eine ausländische skrupellose Erwerbsgesellschaft Monopole auf große und notwendige Verbrauchsgegenstände erringt. Die Reichsregierung ist daher seit einiger Zeit beehrt, den deutschen Petroleumbedarf von dem amerikanischen Trust zu befreien, seine Hände von unseren Börsen zurückzuführen, den Bedarf ohne ihn zu decken. Zu diesem Zweck soll bekanntlich ein Reichspetroleum-Monopol geschaffen werden. In welcher Form, ob es eine einfache Vertriebsgesellschaft, reines Staatsmonopol oder als staatlich kontrolliertes Kartell, steht noch nicht fest. Ein Entwurf des Reichsfinanzamts wird gegenwärtig in der Petroleumkommission des Reichstags beraten. Sie hat vor einigen Tagen den Großhandel ausschließlich dem Reich zuteilen soll und zunächst auf 20 Jahre einer Vertriebsgesellschaft zu übertragen ist. Reichstag wie Bundesrat werden natürlich dahin streben müssen, ganz gleich, welche gesetzliche Form das Monopol schließlich erhält, der Reichsregierung den maßgebenden Einfluß zu sichern und diesen nicht etwa an gewisse Großbanken oder andere Kapitalisten- oder Interessengruppen übergeben zu lassen. Die Verbraucher könnten somit leicht vom Regen in die Traufe kommen. Natürlich müssen gesetzliche Bestimmungen getroffen werden, um die Monopolverwaltung zu einer dem Verbrauche erträglichen Preispolitik zu zwingen.

Als allen anderen Erwägungen voranehende Hauptfrage muß natürlich untersucht werden, ob es denn überhaupt heute noch möglich ist, Deutschland ohne die Standard Oil Company ausreichend mit gutem Petroleum zu versorgen. Diese Frage ist nach den vorliegenden Untersuchungen der Reichsregierung zu bejahen. Der deutsche Bedarf macht trotz seines Umfanges nur 8 Proz. der Weltproduktion aus, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, daß einige überreiche Staaten mit beträchtlicher Produktion für die Versorgung Deutschlands ausreichen. Auch in den Vereinigten Staaten hat der Trust die Produktion nicht monopolisiert. Seine Herrschaft beruht auf dem Besitz der sogenannten „Pipelines“, das sind die viele hundert Kilometer langen Rohrleitungen, mit denen er von den Produktionsorten und Raffinerien das Petroleum nach den Verladeorten leitet. Er hat durch ebenso schlaue wie rücksichtslose Vertragsmanipulationen dem Wettbewerb die Anlage ähnlicher Leitungen sehr erschwert. Ein erheblicher Teil der nicht unter der Herrschaft des Trusts stehenden amerikanischen Produzenten erklärte sich bereit, mit der deutschen Reichsmonopolverwaltung Lieferungsverträge abzuschließen, die 700 000 Tonnen umfassen. Das östliche Europa, also Rußland, Rumänien und Desterreich, liefert uns 300 000 bis 350 000 Tonnen, Deutschland selbst hat eine Produktion von 20 000, jedoch mehr als eine Million Bedarf gedeckt ist. Man will auch den Trust nicht von der Lieferung ausschließen, wenn er sich den von der Monopolverwaltung vorzuschreibenden Bedingungen anpaßt. Der Gefahr, daß etwa die abgeschlossenen Lieferungsverträge nicht innegehalten werden sollten, wird durch Bankgarantien großer unabhängiger Banken begegnet werden.

Der kleine Mann ist natürlich zunächst an der Güte und am Preise des Petroleums interessiert. Ueber beides kann man, wie es scheint, beruhigt sein. Das von den nicht vertrauten amerikanischen Quellen gelieferte und ebenso das aus Rußland und Rumänien stammende Petroleum ist nicht schlechter als das bisher von der Standard bezogene Del. Ueber den Preis ließ sich ein Regierungsvertreter in der Reichstagskommission wie folgt aus: Nach den bereits abgeschlossenen Vorverträgen wird das Del mit 15 bis 15½ Pfennig das Liter in die Tankanlagen geliefert. Rechnet man die Kosten des Strahstantkammernbetriebes mit ¼ bis 1 Pf. das Liter, so ergibt sich ein Preis von 16 bis 16½ Pf. frei Haus des Kleinhändlers. Zählt man dazu den Geschäftsgewinn der Monopoliengesellschaft, des Reiches, Rücklagen und 2 bis 2½ Pf. Gewinn des Kleinhandels am Liter, so könnte dieses an den Verbraucher mit 20 bis 20½ Pf. abgegeben werden. Nach einer vom Reich veranlaßten Erhebung ist gegenwärtig der Preis in den meisten Orten höher. Er würde also unter dem Monopol niedriger als heute sein, wozu noch die Sicherheit vor

der zu befürchtenden rücksichtslosen Preistreibererei des in seiner Herrschaft feststehenden ausländischen Trusts käme. Wollte man diesem auch künftig freies Spiel lassen, so müßte man einst leiden, daß er das Liter Petroleum vielleicht auf 40 Pf. und höher hinauftreiben würde.

Eine derartige drohende Ausbeutung will also das Reichsmonopol verhindern. Ehe es jedoch gesetzlich in allen seinen jetzigen Beziehungen festgelegt ist, sind noch sehr umfangreiche Verhandlungen notwendig.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 4. April 1913.

Mit der inneren Kolonisation hat sich der deutsche Reichstag am Mittwoch beschäftigt. Die Grundlage für die Verhandlungen gab ein fortgeschrittener Antrag, der dahin ging, den Reichsfiskus zur Erziehung, durch den die Errichtung und Erweiterung von Familien-Zeidenkommissionen an Grund und Boden verboten und die Auflösung bestehender Familien-Zeidenkommissionen gefördert wird. Zu eingehender Besprechung wurde der Antrag vom Abg. Götze in begründet, der in einem historischen Ueberblick zeigte, daß die Zeidenkommissionen überhaupt keine deutsche Einrichtung seien. Vor allen Dingen aber erbrachte er den Nachweis, daß die Zeidenkommissionen den kleineren und mittleren Grundbesitz fortwährend zurückdrängen. Eine Folge davon sei die Entvölkerung des flachen Landes. Die Viehzucht könne auf den großen Gütern nicht rationell betrieben werden, worunter die Volksernährung zu leiden hat. Auch für die Urbarmachung der Moore sei der Zeidenkommissionen der größte Hemmnis. Von Kreisen sei eine Verbesserung in dieser Beziehung ebensowenig zu erwarten, wie von anderen Bundesstaaten. Deshalb müsse das Reich einschreiten, wozu es auch durchaus berechtigt sei. Der sozialdemokratische Abg. Sierl ergänzte diese Darlegungen noch durch ein reiches statistisches Material, durch das er in weiterem den Nachweis erbrachte, daß die Zeidenkommissionen zur Bereicherung einzelner dienen, dabei aber das ganze Volk schwer bedrückten. Dieser Redner sowohl wie der Vertreter der nationalliberalen Partei gaben ihre Zustimmung zu dem Antrag zu erkennen. Für das Zentrum erklärte Abg. Dr. Spahn, daß der Reichstag nicht zuständig sei, eine Anshawung, die auch natürlich von den liberalen Sprecher vertreten wurde, der im übrigen grundsätzlich auch von dem im Antrage aufgestellten Forderungen nichts wissen will.

Das Ergebnis der Beratungen war, daß der fortgeschrittene Antrag gegen die Stimmen der Rechten und des Zentrums angenommen wurde. Leider ist damit noch nicht gesagt, daß nun auch danach gehandelt wird. Der Einfluß des Junker- und Agrarierturns ist im Deutschen Reiche so stark, daß der Reichsfiskus dem Wunsch der Mehrheit des Reichstages kaum nachkommen wird.

Der Gesamtverband Deutscher Krankenkassen (G. K.) hält vom 22. bis 24. Juni d. J. im städtischen Saalbau zu Essen einen Verbandsstag ab mit folgender Tagesordnung:

1. Das Verhältnis der Krankenkassen
 - a) zu den Ärzten und Apothekern,
 - b) zu den Kassenangehörigen.
2. Das Streitverfahren in der Krankenversicherung nach der RVD.
3. Verschiedenes (siehe auch § 10 der Satzung).

Nur solche Krankenkassen, die bis zum 15. Juni d. Js. die Mitgliedschaft im Verbandsverband erworben haben, können sich durch legitimierte Vertreter an den Verhandlungen beteiligen. Für je angefangene 3000 Kassenmitglieder dürfen die Kassen einen stimmberechtigten Vertreter entsenden. Zur Deckung der Unkosten wird für jeden Vertreter ein Delegationsbeitrag von 3 M. erhoben, der vorher an den Schatzmeister des Verbandes, Herrn Verwaltungsdirektor Meher in Essen (Ruhr), Schützenbahn 24, einzufinden ist. Darauf erfolgt die Zusage der Delegiertenkarte. Die Anträge müssen statutenmäßig mindestens 4 Wochen vor der Tagung schriftlich beim Vorstande eingereicht sein. Sie sind zu richten an die Geschäftsstelle in Köln a. Rhein, Benloerwall 9. Krankenkassen, die bis zum angegebenen Termin noch nicht Verbandsmitglieder geworden sind, sind als Gäste willkommen.

Ursprünglich war die Tagung früher gedacht. Aber mit Rücksicht auf die württembergischen Landtagswahlen ist sie verschoben worden, um das Interesse am Verbandsstages nicht abzurufen. Man hat die zweite Hälfte des Juni gewählt, weil dann

auch die Feierlichkeiten, die das 25jährige Regierungsjubiläum des Kaisers mit sich bringen, vorüber sind. Offenlich findet durch die Anordnung der Verbandstag die ihm gebührende Beachtung in der Öffentlichkeit.

Der Siegeszug des Organisationsgedankens. Ueber dieses Thema hat kürzlich in einer öffentlichen Versammlung in Hamburg Herr Amtsgerichtsrat Dr. Herz Hamburg gesprochen, ein bekannter liberaler Mann, der auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik unseugbare Verdienste aufzuweisen hat. Nach dem Bericht über diesen Vortrag im „Hamburger Generalanzeiger“ sollte Dr. Herz gesagt haben, daß von den Christlich-Deutschen Gewerksvereinen „die Spaltung und Politisierung der deutschen Arbeiterbewegung“ herrühre, die die Stützkräfte schwäche; daher seien die Christlich-Deutschen als die älteste Arbeiterorganisation die schwächsten geworden. Die stärksten seien die freien, sozialdemokratischen Gewerkschaften, die wohl auf sozialdemokratischer Seite stehen, aber sich von Politik freihalten.

Diese Ausführungen, die bei untern Hamburger Kollegen, weil sie Herrn Dr. Herz bisher stets von einer andern Seite kennen gelernt hatten, starkes Verwundern erregten, sind von der „Eiche“ einer scharfen, aber durchaus berechtigten Kritik unterzogen worden. Daraufhin hat der genannte Herr untern Bruderorgan eine Berichtigung zugesandt, in der er sagt, daß er genau das Gegenteil von dem ausgeführt habe, was der „Generalanzeiger“ über die Rede berichtet.

Ich habe ausgeführt, daß Dr. Herz den Gewerksvereinsgedanken von England nach Deutschland gebracht habe, und habe dann auf die Vorfälle jener berühmten Tagung aus dem Jahre 1888 Bezug genommen, auf der Dr. Herz und seine Freunde durch die Anhänger Schweizers mit Gewalt aus dem Saale entfernt worden sind. Ich habe dann hinzugefügt, daß von diesem Tage an die tief zu beklagende Spaltung und Politisierung der deutschen Arbeiterbewegung herrühre, eine Spaltung, die sich leider nicht nur in der Arbeiterbewegung, sondern auch in der Beamten- und Angestelltenbewegung bemerkbar mache und die Stützkräfte der Organisationen schwäche. Ich habe dann im Verlauf meiner Rede die einzelnen Arbeiterorganisationen aufgeführt und dabei ausgeführt, daß die Christlich-Deutschen Organisationen fast doctrinär unpolitisch seien, die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaften zwar an sich auch unpolitische Gebilde darstellten, eritere jedoch in enger Verbindung mit der Sozialdemokratie, letztere je nach der Konfession der christlich-sozialen Partei bezw. dem Zentrum zuzurechnen seien. Es ist mir niemals eingefallen zu behaupten, daß die Christlich-Deutschen Gewerkschaften die Schuld an der Spaltung tragen und deshalb schwächer seien als die andern Parteien. Ebenfalls ist es mir nie eingefallen, die freien Gewerkschaften im Gegensatz zu den Christlich-Deutschen Gewerkschaften als politisch neutral hinzustellen.

Der Berichterstatter des „Hamburger Generalanzeiger“ hat also entweder falsch gehört oder Herr Amtsgerichtsrat Dr. Herz nicht verstanden. Wir nehmen mit Genugtuung davon Notiz, daß dieser Herr in seinem Vortrage die deutschen Arbeiterorganisationen durchaus richtig gewürdigt hat. Um einer Ausbeutung jener falschen Darstellungen durch die Gegner vorzubeugen, glauben wir von diesen Dingen untern Mitgliedern Kenntnis geben zu sollen.

Arbeiterbewegung. Im Holzergerwerbe dauert der Kampf zunächst noch fort. Es steht indessen fest, daß die Zahl der Ausgeworbenen von Woche zu Woche nicht unerheblich sinkt, ein Beweis, wie wenig Anhang die Taktik der Scherzmadler im Gewerbe bei der Mehrzahl der Meister findet. In Berlin hat die Situation insofern eine Veränderung erfahren, als die Gehilfen beschloffen haben, im Laufe der Woche allen denjenigen Firmen, die an der Aussperrung sich nicht beteiligen, die Forderungen der Arbeiter aber auch nicht bewilligt haben, den Sondertarif vorzulegen. Wo die Unterdrückung nicht gegeben wird, soll die Sperrung verhängt werden. Inzwischen aber ruhen auch die Bemühungen nicht, eine Verständigung des Kampfes herbeizuführen. Es haben bereits unter dem Vorherrschen von zwei Unparteiischen zwischen Vertretern der beiden Parteien in Berlin Vorbesprechungen stattgefunden, in denen man sich dahin einig wurde, am 8. April die eigentlichen Verhandlungen weiterzuführen. — Von der Bergarbeiterbewegung in Oberschlesien ist zu melden, daß die Organisationen die Entscheidung drüber, ob in den Streik getreten werden soll, vertagt haben. Die Polnische Berufsvereinigung will vom „Generalstreik“ überhaupt absehen und nur auf einer Anzahl Gruben den Kleinstreik führen, wogegen sich die übrigen Organisationen ausgesprochen haben. Erst die nächsten Tage werden eine Klärung in der Situation bringen. — Trotz gegen-

teilliger Behauptungen verschiedener Unternehmer nimmt der Kampf im deutschen Binnenhandelsverkehr seinen Fortgang. Von den Streikenden hat ein größerer Teil in andern Berufsbeschäftigung genommen. — Die Bewegung in der rheinischen Seidenindustrie ist an einem Wendepunkt angelangt. Der christliche Textilarbeiterverband hat sich bereit erklärt, die von den Unternehmern gemachten Zugeständnisse anzunehmen. Der Arbeiterverband hat darauf den Beschluß gefaßt, am Donnerstag, den 3. April seine Betriebe wieder zu öffnen. In den Färbereien sollen diejenigen Arbeiter, die sich bis zum 9. April zur Arbeit gemeldet haben, zu den neuen Bedingungen unter Anerkennung des Tarifs eingestellt werden, soweit Arbeit vorhanden ist. Welchen Einfluß diese Beschlüsse auf den Gang der Bewegung haben werden, läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Die streikenden Färber haben am 1. April die Wiederaufnahme der Arbeit mit 1755 gegen 7 Stimmen abgelehnt. — In Hamburg haben etwa 900 Bauischlosser in den Streik zu treten beschloffen, weil die Unternehmer auf die Forderungen einer täglichen Arbeitszeitverkürzung um eine halbe Stunde und eine allgemeine Lohnenerhöhung zu geringe Zugeständnisse gemacht haben. — Die Dachdeckermeister in Bremen haben den Arbeitern einen Normaltarif zur Annahme vorgeschlagen, der gegenüber den bisher geltenden Arbeitsbedingungen Verschlechterungen enthält. Die Arbeiter haben deshalb die Annahme des Tarifs verweigert, worauf sämtliche Dachdecker und Silbsarbeiter ausgesperrt wurden.

Im norwegischen Buchdruckgewerbe drohte schon seit einiger Zeit ein heftiger Kampf auszubringen, weil die auf Schaffung eines Reichstaris abzielenden Verhandlungen gescheitert sind, da die Unternehmer namentlich hinsichtlich der Arbeitszeit zu wenig Entgegenkommen zeigten. Jetzt ist es durch das Eingreifen der Regierung zu einer Einigung gekommen. Die Regierung selbst will nämlich für das Buchdruckgewerbe den Achtstundentag gleichfalls einführen, und da sie eine sichere Mehrheit im Parlament hat, darf angenommen werden, daß sie damit durchdringt. Infolgedessen ist vorläufig der Kampf vermieden worden.

Hoch die freie Meinung! Die sozialdemokratische Adelskette „Vergewalt“ brachte unter Hirschberg-Schmiedeberg folgende Notiz:

„Achtung. Vorfahrt der Rannepetroleumkutscher. Da sich zwei der Petroleumkutscher der zuständigen Organisation angegeschlossen haben, wird der Vorfahrt über die Touren aufgehoben. Der Kutscher Effenberg glaubt aber nach wie vor, ohne Arbeiterkundchaft auskommen zu können. Damit die Arbeiterfrauen nicht in Verlegenheit versetzt werden, diesem Kutscher Rannepetroleum abzukaufen zu müssen, machen wir hiermit die Tour bekannt, die Effenberg fährt. Es sind dies folgende Ortschaften: Lomnis, Erdmannsdorf-Zillertal, Arndorf, Steinsieffen, Birslig, Schmiedeberg, Luitl, Buchwald und der Kreis Schönau. Sollte aber genannter Kutscher erklären: Er sei organisiert, so frage man ihn nach der Legitimationskarte der Organisation. Besonders das Gewerkschaftsstell Schmiedeberg erluchen wir, den Beschlüssen des hiesigen Kartells Nachdruck zu verschaffen. Alle hier nicht angeführten Ortschaften sind freigegeben und besteht für diese der Petroleumhoyott nicht mehr.“

Die Werbearbeit für die Organisation kann garnicht energisch genug betrieben werden. Aber entschieden muß man sich gegen die hier beliebte Art der Agitation wenden. Wahrscheinlich kann der hier in Frage kommende Petroleumkutscher es nicht mit seiner Leberzeugung vereinbaren, einem sozialdemokratischen Verbande anzugehören. Inzwischen dafür hat man auf jener Seite kein Verstandnis. Eine freie Meinung gibt es dort nicht. Wer sich den „Genossen“ nicht fügt, wer nicht nach ihrer Feste tanzt, der wird wirtschaftlich ruiniert und mit seiner Familie Hunger und Elend preisgegeben. Und solche Freiheitshebeln erdreisten sich dann noch, über den Druck sich aufzuhängen, der von den Agrariern und ihren Genügnungsfreunden geübt wird. Wnu über solche Dummheit!

Die internationale Regelung der Arbeitszeit in der Schiffeniderei und zwar sowohl in der Hausindustrie wie auch in den mit Automatismaschinen arbeitenden Fabrikbetrieben, ist mehrfach in den Hauptversammlungen der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterschutz behandelt worden. Beteiligt sind an dieser Frage in der Hauptsache Deutschland mit Plauen und Umgebung, Oesterreich mit Borsberg und dem Erzgebirge und die Schweiz mit St. Gallen, in zweiter Linie Frankreich und die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Auf Grund ihrer Ver-

handlungen und Beschlüsse haben nunmehr das Bureau der Internationalen Vereinigung und ihre Landesabteilungen eine mit umfangreichen Begründungen und Anlagen veriebene Eingabe an die Regierungen der beteiligten Länder gerichtet, die zu folgenden Wünschen kommt:

1. zur Erhaltung der Schiffenidereiindustrie das Verbot der Nachtarbeit in den Fabriken und eine einheitliche Arbeitszeit in der Hausindustrie einzuführen;
2. für die strenge Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeit, insbesondere für die Verbütung der Leberzeitarbeit in Automatenbetrieben durch ihre Organe entsprechende Fürsorge zu tragen;
3. zum Zwecke internationaler Durchführung dieser Postulate sich mit den anderen beteiligten Regierungen zu verständigen bezw. die Initiative zu einer solchen Verständigung zu ergreifen oder einer solchen wohlwollenden Entgegenkommen zu gewähren.

Die deutsche Sektion, die Gesellschaft für Soziale Reform, hat diese Eingabe nach einer Mittelung der „Soz. Praxis“ am 8. März dem Reichskongress und dem Reichsamt des Innern überreicht.

Der Verbandstag deutscher Gewerbe- und Kaufmannsgerichte wird vom 18. bis 20. September d. J. in Leipzig abgehalten. Der vorbereitende Ausschuß hat folgende Tagesordnung aufgestellt: Berichte über die Entwicklung der Gesetzgebung, der Literatur und der Rechtsprechung seit dem letzten Verbandstage; Grundgedanken und Möglichkeiten eines einheitlichen Arbeitsrechtes; Lohnbeschlagnahme unter besonderer Berücksichtigung von Aufrechnung und Zurückbehaltung; Tarifliche Schiedsgerichte; Ortsgebrauch bei Gewerbe- und Kaufmannsgerichten; Die Frage der Parteivertretung. Die Referenten sind zum Teil schon gewonnen, zum Teil vorgemerkt. Geplant wird, für die Kongreßteilnehmer eine Schrift herzustellen, die zum Preis von 2 Mk. abgegeben werden soll. Man hofft auf diese Weise von der Forderung eines besonderen Kongreßbeitrages, wie er mehrfach angeregt worden ist, absehen zu können.

Die Akademischen Unterrichtskurse wollen Männern und Frauen Gelegenheit zu gründlicher Ausbildung in den elementaren Unterrichtsfächern bieten. Das Unternehmen steht politisch und religiös auf durchaus neutralem Boden. Den Unterricht erteilen Studierende der Berliner Hochschulen. Ein aus ihrer Mitte gewählter Vorstand leitet das Unternehmen unter Mitwirkung von Vertrauensleuten der Hörer. Für Erteilung des Unterrichts wie für die Verwaltung wird keinerlei Entschädigung gewährt. Der Unterricht wird erteilt: in Deutsch, Rechnen, Stenographie, Schreiben, Erdkunde und Chemie.

Am 19. und 20. April, abends 8 Uhr finden in der Saale des Zentralarbeitsnachweises, Gormannstraße 13, allgemeine Börsenversammlungen statt, in denen nähere Mitteilungen über die Art des Unterrichts und die Organisation gemacht werden. In diesen Versammlungen werden auch Anmeldungen entgegengenommen. Bei der Anmeldung ist eine einmalige Gebühr von 50 Pfa. für den Besuch jedes Kurzes sowie 25 bis 30 Pfa. für Lehrmittel zu entrichten. Beginn des Unterrichts: 5. Mai. Schluß: Anfang August.

Gewertvereins-Teil.

§ Berlin. Der Gesellschaft für Verbreitung von Volkshildung in Berlin hat sich ein Komitee für künstlerische Volkstonzerte angegliedert, an dessen Spitze der ehemalige Reichstagsabg. Direktor Karl Schrader steht. Dem Komitee gehören als Mitglieder neben den angesehenen Förderern der Volkshildungsideen auch ganz hervorragende Musiker an. Der Zweck der neuen Gründung ist, durch ein eigenes Instrumental- und Solensembel, das aus bekannten Solisten gebildet ist, künstlerisch vollwertige Konzerte zu kleinsten, für jedermann erschwinglichen Preisen zu veranstalten, um die Kunstwelt im breiten Maße dem Volke zugänglich zu machen. Das Komitee wendet sich mit seinen Bestrebungen vornehmlich an Volkshildungsvereine, Lehrvereine, Gemeinden, Fabrikbetriebe und Berufsvereine, aber auch an die Konzertvereine und Konzertgesellschaften. Prospekt der Organisation versendet die Geschäftsstelle des Komitees für künstlerische Volkstonzerte, Berlin W. 52, Lüneburgerstr. 21.

§ Wiberach a. N. Der Agitationsverband für Württemberg hielt am Ostermontag unter dem Vorsitz des Kollegen Schöffold unter guter Beteiligung seine dritte Konferenz ab, an der auch der Agitationsleiter der Schuhmacher und Lederarbeiter, Kollege Ridel, teilnahm. Dieser Agitationsverband verfolgt den Zweck, die Organisation zu stärken und die Agitation nach besten Kräften zu betreiben, namentlich für diejenigen Ortsvereine, die in Württemberg keine besoltenen Beamten haben. Das weitere Ziel ist, die Möglichkeit zu schaffen, einen solchen anzustellen. Aus diesem Grunde ist der Zusammenschluß aller dieser Ortsvereine eine dringende Notwendigkeit. Das mögen auch diejenigen beherzigen,

die den Anschlag noch nicht vollzogen haben. Aus den Verhandlungen sind besonders zwei Punkte hervorzuheben. Zunächst wurden die für den Agitationsverband ausgearbeiteten Statuten mit unwesentlichen Änderungen angenommen. Dann wurde die Frage der Agitation erörtert. Die Ausführungen sämtlicher Redner gingen dahin, daß wir energische Arbeit leisten müssen, um mit den „freien“ und christlichen Gewerkschaften gleichen Schritt halten zu können. Die Klassenverhältnisse sind in Anbetracht des geringen Beitrags von 20 Pf. pro Mitglied und Vierteljahr — für weibliche Mitglieder wird nur die Hälfte bezahlt — nicht ungünstig. Die Mitgliederzahl beträgt etwa 300. Am Schluß der Verhandlungen dankte der Vorsitzende sämtlichen Delegierten für ihre rege Mitarbeit und sprach die Hoffnung aus, daß das Gehörte in den Ortsvereinen praktisch verwertet wird. Mit einem Hoch auf die Deutschen Gewerkschaften wurde die Konferenz geschlossen, deren Beschlüsse zur Förderung ihrer Bestrebungen und damit zum Heilen der Deutschen Gewerkschaften ausfallen müssen.

§ Dresden. Das im März errichtete „Ausfunftsbüro“ des Ortsverbandes befindet sich in Händen des Kollegen Franz Stein, Dresden-Mittstadt, Große Frauenstraße 9. Als Sprechzeit ist festgesetzt: Montags, Mittwochs, Freitags 7 bis 8 Uhr abends und Sonntags 10 bis 12 Uhr vormittags. Alle Auskunft suchenden Kollegen werden gebeten, sich zu oben angegebener Zeit an den Kollegen Stein zu wenden.

§ Frankfurt a. M. Der hiesige Ortsverein der Bäcker und Konditoren hat an den Reichstag eine Petition gerichtet, in der er um Unterstützung gebeten wird für: 1. einer gesetzlichen Regelung der Ruhepausen für die im Bäcker- und Konditorgewerbe beschäftigten Gehilfen und Lehrlinge; 2. Verbot der Nachtarbeit, sowohl in Haupt- als in Nebenbetrieben des Bäcker- und Konditorgewerbes. Begründet wird die Petition durch soziale Gesichtspunkte, welche Gehilfen und Meister betreffen und durch sonstige mit der Nachtarbeit verbundene Schäden. Dann aber werden auch die Ansprüche, die die Konsumenten an die Nahrungsmittelindustrie aus Gesundheitsrückichten stellen können, hervorgehoben.

Eine öffentliche Versammlung des Ortsvereins, welche in der jüngsten Zeit in Frankfurt a. M. tagte, hat bereits einen praktischen Schritt nach dieser Richtung hin dadurch unternommen, daß der Ortsverein beauftragt wurde, einen Antrag an den Herrn Regierungspräsidenten in Wiesbaden zu richten, für den Frankfurter Bezirk einen Ruhepag für die Bäcker von Samstag auf Sonntag durch Verbot zu erwirken. Die Ruhezeit soll eine 36tündige sein.

Verbands-Teil.

Franken-Bezirksklasse des Verbandes der Deutschen Gewerkschaften (S. D.)
Quittung über eingezahlte Beiträge.

Monat Januar 1913.

- Bauhandwerker:** Liegnitz 3,25, Merseburg 1,30, Bismarck 8,32, Posen 35,73, Ulm 5,07, Einzelmitglieder 72 2,34, 1706 2,08, 2245 1,40, 2843 —, 78, 75 2,60.
- Bildhauer:** Breslau 7,88, Landsberg 9,75.
- Bergarbeiter:** Rottfahnen 9,08, Brauer: Braunschweig —, 25.
- Betriebs- u. Sanitärarbeiter:** Berlin II 1,17, Berlin III 0,78, Grauburg 9,49, Langendorf 1,43, Penig 15,84, Stettin-Bredow 5,98, Greifswald 2,28, Riel-Gaarden

- 2,21, Einzelmitglieder 3083 1,53, 2555 4,88, 26 2 4,88, Eberlebeck 7,08, Berlin VIII 7,10.
- Franzen u. Wädhren:** Ebeln 1,82, Halle 7,16, **Waler u. Graubische Berufe:** Berlin 6,08, Chemnitz 7,93, Eberfeld 6,37, Gera 2,99, Königszell 7,41, Naumburg 5,72, Saarlöben 8,58, Straßburg 20,07, Worms 3,12, Zeitz 14,46, Jüttau 4,30, Einzelmitglieder 1014 4,98.
- Kaufleute:** Berlin II 16,92, Berlin III 2,10, Einzelmitglieder Reich 14,04, 3077 1,56, 2875 4,88, 3778 0,27, 3850 1,17.
- Maschinenbau- und Metallarbeiter:** Waderleben 5,46, Berlin V 13,97, Weislingen 3,64, Göttingen 12,87, Mallins 5,07, Cöpen 3,77, Rathenow 14,40, Wernau 1,73, Einzelmitgl. 3083 1,04, 3191 1,50, 297 3,12.
- Porzellanarbeiter:** Zumburg 2,08, Mittelbischleben 28,21, Mittweide 30,19, Fürstenberg 4,03, Königszell 21,89, Moschendorf 2,34, Neubrandenleben 1,82, Rudolfsitz 8,45, Sophienau-Charlottenbrunn 5,85, Tiefenfurt 3,12, Waldenburg 5,46, Wittenberg 1,95, Einzelmitglieder 674 4,88, 1095 8,12, 1246 8,12, 769 1,25, 1125 3,12, 1280 3,12, 1822 0,78, 1939 1,1, 374 2,34, 512 1,56, 284-1874 1,95.
- Schneider:** Breslau I 21,31, Breslau II 17,79, Danzig 5,77, Dresden 4,88, Eberfeld 3,25, Görlitz 11,96, Graßwald 6,50, Jena 6,80, Königsberg 7,02, Liegnitz 4,08, Merseburg 11,57, Naumburg 4,29, Oederleben 2,84, Potsdam 13,88, Cuedlinburg 7,80, Rathenow 9,31, Einzelmitgl. 1108 0,78, Straßburg 10,53, Weihenfeld 5,61, Worms 0,78, Neustadt 1,50, Heidelberg 9,82, Einzelmitglieder 602 3,12, 1765 1,30, 590 2,--.
- Schuhmacher und Lederarbeiter:** Bauen 8,58, Berlin I 23,92, Biederkauf 10,27, Bromberg 16,88, Burg 1,--.
- Textil- u. Färbereiarbeiter:** Frankfurt a. O. 9,49, Frankfurt 7,80, Einzelmitgl. 1,77, Gießen 5,98, Graubüden 12,48, Greifswald 4,08, Halle 7,71, Halberstadt 18,72, Rabel 18,46, Paderborn 5,46, Mainz 2,52, Mühlheim-Gaaren 4,33, Mühlheim 4,03, Naumburg 2,21, Peitz 1,95, Pödersheim 3,90, Pirmasens 60,58, Posen I 24,82, Posen III 5,33, Potsdam 10,27, Rößwitz 23,70, Einzelmitgl. 680 3,12, Stettin 2,99, Straßburg 16,12, Zeitz 2,90, Zeitz 8,97, Ulm 6,11, Weihenfeld 147,69, Worms 11,83, Berlin N 8,06, Hohenwerda 10,14, Paderborn 3,64, Einzelmitglieder 828+829 3,84, 1051 0,63, 2410 3,12, 1319 1,17, 2740 4,08.
- Textilarbeiter:** Apolda 10,27, Bad Sulza 17,52, Berlin 10,02, Cottbus 7,80, Chemnitz 22,88, Berge-Forst 12,00, Duisburg 8,19, Erlangen 43,10, Eintracht 4,42, Gabelitz 12,85, Groggenhain 4,94, Guben 3,04, Helmreichs 40,07, Hof 3,77, Meisen 4,16, Mühlberg 3,98, Penig 10,40, Pörsch 4,88, Spremberg 1,56, Tannhausen 11,70, Einzelmitgl. 1586 0,81, 2574 3,--.
- Lehrer:** Bitterfeld 35,44, Döberrnburg 2,34, Grauburg 13,26, Einzelmitgl. 0,78, Jägerhof 8,09, Naumburg 61,10, Vösten 1,00, Saagen 0,25, Einzelmitglieder 872 1,82, 874 1,30, 2850 1,14, 2320 1,17, 2871 1,82.
- Zigarren- und Tabakarbeiter:** Hagen 5,85, Bismarck 9,82.

Summa 1680,80 Mark.

Berlin, im April 1913.
R. Klein, Hauptkassierer. F. Reutebt, Hauptkontrollier.

Versammlungen.

Berlin. Disfütterklub der Deutschen Gewerkschaften (S. D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkschaften, Greifswaldstraße 221-28. **Mittwoch, den 9. April, abends 8 Uhr,** Vortrag des Bankkassiers Herrn E. W. in über: „Bank- und Börsenwesen“. **Jährliches Erntefest** erwünscht. Gäste sind herzlich willkommen. **Gewerkschaften-Bezirksklasse (S. D.).** Jeden Donnerstags, abends 9-11 Uhr **Lebungsstunde** I. **Verbandskaufe** d. **Deutschen Gewerkschaften** (Grüner Saal). **Gäste** will.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Ständige Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, Reichsanstalt, Charlottenburg, Frauenhoferstraße 11-12.

Unfallverhütung, Gewerbehygiene, Soziale Hygiene.

Betriebsmäßige Vorführung der gebräuchlichsten Schutzmaßnahmen aus allen Industriegebieten. Modelle, Zeichnungen, Photographien. Besichtigung (verpflichtend) außer Montags 10-11, Dienstags und Donnerstags auch 6-9, Sonntags 1-5 Uhr, **Ausführungsbildung, Benutzung der Bibliothek, Vorträge, kinematographische Vorführungen** sind unentgeltlich.
Seit 1. April 1913

Sonderausstellung über Beseitigung giftiger Gase in Metall- u. Brennerien und Metallgeräten.

Betriebsmäßige Vorführung 8 verschiedener Abgasanlagen, Modelle, Zeichnungen, Photographien usw.

Rothenbach und Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 65 Pf., erhalten durchreisende Gewerkschaften beim Kollegen Gust. Pögel, Bauverein Nr. 87, Rothenbach I. Schl. **Verbands-Bezirksklasse** zum **Kara-Schacht**.

M. Gladbach-Bezirk (Ortsverband). Durchreisende Kollegen werden bei Besuche erhalten 50 Pf. **Reiseunterstützung** im **Gewerkschaftsbüro**, **Ulrichstraße 180**. Dasselbe auch **Arbeitsvermittlung** sowie **Auskunft** in allen anderen Angelegenheiten kostenlos an jedermann.

Eberfeld-Barmen (Ortsverband). Durchreisende Kollegen finden **Kaschlogis** im **Verbandslokal** bei **Koggenkämpfer**, **Eberfeld**, **Erholungsstraße 2**. Dasselbst befindet sich auch die **Rechtsanwaltsstelle**.

Freiburg i. Schl. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten das **Ortsverbandsgeld** bei ihrem **Ortsvereinskassierer** ausgezahlt. Falls der Ortsverein am Orte nicht vertreten ist, beim **Ortsverbandskassierer** **Ernst Gerber**, **Bundeshauserstr. 35**.

FAHNEN
Abzeichen u. sämtl. Vereinsbedarf gut u. billig bei
Th. Berkop, Oppeln.

Damm (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten **Rachlogis** und **75 Pf.** **Unterstützung** oder **Rachlogis** auf dem **Bureau** der **Maschinenbau**, **Wilhelmstr. 15**.

Bromberg (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkschaften erhalten **75 Pf.** **Ortsverbandsgeld** bei dem **Ortsvereinskassierer** bzw. beim **Ortsverbandskassierer** Kollegen **Heinrich**, **Heinrichstr. 10**.

Breslau (Ortsverband). Die **Unterstützung** an durchreisende Kollegen wird ausgezahlt beim **Ortsverbandskassierer** **Friedrich Munder**, **Sternstr. 58**.

Erfurt. An durchreisende Kollegen wird eine **Unterstützung** von **0,75 M.** durch den **Ortsverbandskassierer** **Karsten** **Seitensticker**, **Sangerstraße 81**, gezahlt.

Saarlöben (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten **50 Pfennig** bei dem **Ortsvereinskassierer** oder im **Secretariat** **Garbäcken** **Reinholdstr. 42**.

Magdeburg (Bauhandwerker). 75 Pfennig im Bureau, **Katharinenstraße 2/3 II**.

Göttingen (Ortsverb.). Durchreisende Verbandskollegen erhalten **Rachquartier** und **Verpflegung**. **Karten** sind zu haben bei **S. Stähler**, **Bahnhofstr. 18**.

Brandenburg a. S. (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten ein **Ortsverbandsgeld** von **50 Pf.**, **Sonntags** und **Feiertags** **75 Pf.** beim **Ortsverbandskassierer** **E. K. u. m. a. n.**, **Gutenbergr. 38**.

Oberhausen (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten **1 M.** **Unterstützung** im Bureau, **Meiningerstraße 42**.

Weislingen, Württb. (Ortsverband). Als **Ortsverbandsgeld** erhalten durchreisende, arbeitende Kollegen **60 Pf.** bei **S. S. a. p. e. r.** **Büchsenmacher**, **Hauptstr. 48**.

Barth i. Pomm. (Ortsverb.). Durchreisende Gewerkschaften erhalten **50 Pf.** **Karten** sind zu haben bei **K. u. g. D. h. n.**, **Schloßstraße 24**. **Arbeitsnachweis** bei

Zur Anschaffung dringend zu empfehlen:
Das Vereinsrecht für das Deutsche Reich
Von **Karl Goldschmidt**.
Ein Leitfaden für die Benutzung des deutschen Vereinsrechts vom 15. Mai 1908.
Preis pro Exemplar für Mitglieder 20 Pf. 6 Stück kosten 1,00 M., 12 Stück 1,80 M.
Bei Bestellungen, die an den Verbandskassierer **Nadols Klein**, Berlin NO. 55, **Greifswaldstr. 221/22** zu richten sind, ist der Betrag mitzuführen. Die Bestellung kann auf dem **Postanweisungsbüro** erfolgen.